

Kurzprotokoll

Videokonferenz Fachausschuss XII Kulturpolitik

Datum:

Freitag, 21.08.2020

Zeit:

17.00 - 18.30 Uhr

Anwesende:

Barbara Scheffer, Wibke Behrens, Martin Kromm, Cansel Kiziltepe, Daniel Buchholz, Michael Bergmann, Klaus Fritz, Christian Hass, Sarah Khan-Heiser, Tobias Kunow, Can Fischer, Felicitas Tesch, Jens Englert, Lorena und andere

Tagesordnung:

1. Clubkultur
Thema: Kurz- und mittelfristige Hilfen für die Club- und Open Air-Kultur
2. Umgang mit Kulturgut: Namensgebungen und Kunstobjekte der Kolonialzeit
Beispiel: Statue der Negerin in Zehlendorf, Entscheidung der BVV Spandau
3. Umfrage Kultur in den Bezirken
4. BE aus den Bezirken, Landesvorstand
5. Verschiedenes

Ad 1.

Zu Sitzungsbeginn berichtete die SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe über Maßnahmen auf Bundesebene zur Unterstützung von Clubs, die durch die Corona-Krise in andauernde Not geraten sind. Sie verwies auf das Corona-Paket sowie das Kulturpaket, über das weitere Hilfen zur Verfügung gestellt würden. Aktuell, so Cansel Kiziltepe, könnten auch Clubs mit über zehn Beschäftigten Finanzmittel bis zu einer Höhe von 150.000 Euro erhalten. Die Zuschüsse könnten für Fixkosten wie z. B. Mieten verwendet werden, nicht jedoch zur Deckung von Personalkosten oder des Lebensunterhalts.

Weiter berichtete sie über Gespräche mit der Berliner Clubkommission und der Live Com, dem Zusammenschluss deutscher Club-Kommissionen. Forderungen beider Organisationen seien von der SPD-Bundestagsfraktion aufgegriffen worden. Erreicht worden sei ein Härtefall-Fond mit 27 Millionen Euro, der auch Lösungswege für Festivals biete. Außerdem verwies Cansel Kiziltepe auf ein umfangreiches Papier des Arbeitskreises Kultur und Medien zur Unterstützung von Theatern, Kinos und weiteren kulturellen Einrichtungen, das sie dem Fachausschuss XII Kulturpolitik zukommen lassen werde.

Cansel Kiziltepe ging auch auf die „Kulturmilliarde“ ein. Sie sieht u. a. 250 Millionen Euro für den Neustart von Theatern, Kinos, Clubs und weiteren kulturellen Einrichtungen sowie 480 Millionen Euro für private kulturelle Angebote vor.

Clubs, so Cansel Kiziltepe, seien nicht nur Feier-, sondern auch Rückzugsräume. Sie verwies auf SPD-Anträge in mehreren Bezirksverordnetenversammlungen, die Wege aufzeigen sollen, die Einrichtungen, z. B. durch die Bereitstellung von Flächen, weiter zu erhalten.

Des Weiteren ging die Berichterstatterin auf die Aktivitäten des im Parlament fraktionsübergreifend wirkenden Clubforums ein. Dieses setze sich für die Interessen der Clubs nicht nur wegen der Folgen der Corona-Krise ein. Themen seien vielmehr auch steigende Gewerbemieten und der Lärmschutz. Ziel der SPD sei es, eine Änderung der Baunutzungsverordnung und einer Lärmschutzverordnung zu erreichen. Bundesbauminister Horst Seehofer habe sich in einem Schreiben vom 10.08.2020 offen für eine Änderung dieser Verordnung gezeigt. Eine Änderung der Baunutzungsverordnung lehne Seehofer dagegen ab. Er verweise auf die Länderebene, die im Rahmen der Bauleitplanung ausreichend eigenen Gestaltungsspielraum besäße.

Zuletzt verwies Cansel Kiziltepe auf einen Appell Berlins an Vermieter, die einen Krisenabschlag vornehmen sollten, sowie auf das Mietenmoratorium auf Bundesebene mit einem Verbot der Kündigung von Mietern in der Zeit der Krise.

Daniel Buchholz, Sprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, ergänzte zum Thema Open-Air-Veranstaltungen, dass es bezüglich der Unterstützung entsprechender Events in einigen Bezirken sehr gut, in einigen weniger gut lief. Die praktische Umsetzung gestalte sich jedoch in jedem Fall schwierig. In Bezug auf die Situation der Clubs verwies er auf einen Antrag der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, demzufolge Clubs mit künstlerischem Anspruch als schützenswerte Einrichtungen gelten sollen. Bezüglich des Lärmschutzes müssten sich Neubauprojekte in der Nachbarschaft mit diesen arrangieren und auch selbst für Schallschutz sorgen. Ein bereits seit längerem existenter Lärmschutzfond fördere jedoch auch Schallschutzmaßnahmen der Clubs selbst. Zu einer möglichen Änderung der Baunutzungsverordnung verwies er auf die Möglichkeit einer Bundesratsinitiative. Bezüglich der Gästerauswahl von Clubs, so Daniel Buchholz zu weiteren Inhalten des SPD-Antrags, sei Diskriminierungssensibilität gefordert, die durch Fortbildung und Schulungen erreicht werden solle. Der Antrag werde nun in drei Ausschüssen – Recht, Wirtschaft und Kultur – behandelt. Erst dann werde eine Empfehlung ausgesprochen. Michael Bergmann verwies abschließend darauf, dass es Menschen gebe, die sich schlecht ausdrücken und somit ihre Interessen nur schwer durchsetzen könnten. Daniel Buchholz will diesen Aspekt bei seiner weiteren Arbeit im Blick behalten.

Daniel Buchholz nahm auch zum vom Fachausschuss XII Kulturpolitik befürworteten Stadtentwicklungsplan Kultur Stellung. Zusammen mit Frank Jahnke, dem kulturpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, habe er sich in einer Sitzung des SPD-Landesvorstandes für eine Zustimmung zu diesem Plan eingesetzt. Die Abstimmung ergab jedoch mit sieben Ja- und ebenfalls sieben Nein-Stimmen eine Stimmgleichheit, wodurch der Antrag für den Stadtentwicklungsplan Kultur als abgelehnt galt. Er wird somit nach derzeitigem Stand nicht in der Fraktion beraten. Wolle man eine solche Beratung doch noch erreichen, seien in Einzelgesprächen zunächst diejenigen zu überzeugen, die dem Plan derzeit noch ablehnend gegenüberstünden. Daniel Buchholz nannte zwei Aspekte, die aus seiner Sicht die Hauptgründe für die derzeitige Ablehnung darstellten. Zum einen sei dies der mit der Aufstellung eines solchen Planes verbundene hohe Arbeitsaufwand. Zum anderen werde wohl vermutet, dass die Befürworter in dem Plan hohe Summen für neue

Kulturprojekte festschreiben wollten. Diese Befürchtung, so Daniel Buchholz, seien zwar unbegründet, habe bisher jedoch nicht ausgeräumt werden können.

Ad 2.

Weiteres Thema der Sitzung war der Umgang mit der Zehlendorfer Skulptur „Hockende Negerin“. Nachdem der Figur im Juni dieses Jahres von Unbekannten der Kopf abgeschlagen wurde, gebe es Bestrebungen, so Christian Hass, sie in die Ausstellung „Enthüllt“ in der Zitadelle Spandau zu integrieren. Das Thema werde am 26.08.20 von der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf behandelt. Durch einen entsprechenden Antrag, der von der SPD und weiteren Parteien unterstützt werde, solle die Eingliederung der Skulptur in die Spandauer Ausstellung dann verhindert werden. Als Begründung hierfür verwies Christian Hass darauf, dass die Skulptur rassistisch und ihr Erschaffer Arminius Hasemann ein sehr obskurer Bildhauer gewesen sei. Martin Kromm ergänzte, dass schon vor dem Abschlagen des Kopfes geplant gewesen sei, die Skulptur in Zehlendorf zu beseitigen.

Ad 3.

Zu einer vom Fachausschuss XII Kulturpolitik durchgeführten Umfrage zu den Kultureinrichtungen in den Berliner Bezirken teilte Martin Kromm mit, dass diese von der Ausschuss-Vorsitzenden Barbara Scheffer ausgewertet worden sei und von ihm derzeit noch Ergänzungen vorgenommen würden.

Ad4.

Aus den Bezirken wurde angemerkt, dass die ehemaligen Museen im Steglitz-Zehlendorfer Ortsteil Dahlem mittlerweile geschlossen seien und sich hinsichtlich einer möglichen neuen Nutzung der Gebäude derzeit nichts abzeichne. Die Gebäude gehören der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Ein Vertreter der Stiftung soll zu einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses eingeladen werden.

Ad5.

Abschließend teilte die Ausschussvorsitzende Barbara Scheffer Termin und Ort der nächsten Wahlen des Fachausschusses XII Kulturpolitik mit. Die Wahlen sollen am 25.09.2020 um 17.00 Uhr in Charlottenburg-Wilmersdorf stattfinden.

Jens Englert, Protokollant